

Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Lit Verlag, Münster/Hamburg etc. 2012, VIII + 603 S., kart., 59,90 €.

Dass nicht die CDU/CSU, sondern die SPD bis zu den späten 1960er-Jahren als »natürliche Verbündete« der Vertriebenen und ihrer Interessenverbände galt, ist seit der heftig umkämpften Verabschiedung der Ostverträge 1972, spätestens aber seit den Debatten um die geschichtspolitischen Offensiven des Bundes der Vertriebenen (BdV) und ihrer langjährigen christdemokratischen Vorsitzenden Erika Steinbach weitgehend in Vergessenheit geraten. Wie und warum sich das Verhältnis der SPD zu den Vertriebenenverbänden zwischen 1945 und 1977 von der »Eintracht« über die »Entfremdung« hin zur »Zwietracht« entwickelte, dies untersucht Matthias Müller in seiner an der Universität Gießen bei Hans-Jürgen Schröder entstandenen und bereits 2012 veröffentlichten Dissertation.

Im Fokus steht das sich zunehmend verschlechternde »Beziehungsgefüge« zwischen der SPD und den Vertriebenenverbänden: In dem Maße, in dem sich die SPD-Führung im Laufe der 1960er-Jahre von der Illusion einer Wiedervereinigung und Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete verabschiedete und im Zuge der Entspannungspolitik eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zum Programm machte, rückten die Vertriebenenverbände, allen voran der BdV, von der Sozialdemokratie ab. Zum »Kristallisationspunkt« und »Prüfstein« dieses Verhältnisses geriet aus Sicht der Vertriebenen, so Müller, die von Kurt Schumacher 1946 geprägte Formel, wonach die SPD »um jeden Quadratmeter östlich der Oder und Neiße kämpfen« werde, sowie das von Willy Brandt 1961 erstmals gegebene und danach oft wiederholte Versprechen, seine Partei werde »keine Politik hinter dem Rücken der Vertriebenen« betreiben.

Und darin liegt bereits das zentrale Problem des Buches, denn Müller macht sich diesen »Prüfstein« als Untersuchungsmaßstab zueigen: Sein Erkenntnisinteresse beschränkt sich darauf, »deskriptiv« herauszuarbeiten, wie gut oder schlecht sich jenes »Beziehungsgefüge« zwischen Partei und Vertriebenenverbänden zu bestimmten Zeiten der westdeutschen Nachkriegsgeschichte darstellte, wie glaubwürdig oder unglaubwürdig die SPD ihre Vertriebenenpolitik kommunizierte und betrieb und wie der BdV und die Landsmannschaften jeweils darauf reagierten. Müllers Suche nach Ursachen für die »Entzweigung« besteht dabei lediglich in einer auf die beiden Dialogpartner beschränkten Aktion-Reaktion-Analyse: Extensiv beschreibt er jedes Zusammentreffen, jede öffentliche Verlautbarung und die jeweiligen Reaktionen darauf, reproduziert dabei jedoch weitgehend unkritisch die Floskeln von »fruchtbaren«, »vertrauensvollen« und »überaus freundlichen« Gesprächen zwischen Sozialdemokraten und Vertriebenenfunktionären. Ein Blick hinter diese Fassade offiziöser Sympathiebekundungen gelingt Müller nur zu selten.

In seinem »Prolog« behandelt Müller zunächst das Verhältnis der SPD zu den Vertriebenen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Die »Quadratmeterlosung« Schumachers von 1946 habe bis zum Ende der 1950er-Jahre »das Grundgerüst der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik« gebildet. Im Bundestag, so skizziert Müller an einer Vielzahl von Beispielen, setzte sich die SPD im Laufe der 1950er-Jahre konsequent für eine sozialpolitische Besserstellung der Vertriebenen ein, so etwa im Fall des Lastenausgleichsgesetzes 1952 und des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr darauf. In ihrem Bemühen, das Vertrauen der Vertriebenenverbände zu gewinnen, in ihren Führungsgremien vertreten zu sein und ihre Mitglieder für die Sozialdemokratie zu gewinnen, war die SPD bis zum Ende der 1960er-Jahre durchaus erfolgreich. Dies zeigt Müller nicht nur am Beispiel des langjährigen Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch, der 1964 zum Präsidenten des BdV gewählt wurde, sondern auch an Herbert Wehner, der sich in der Führungsspitze der SPD als engagiertester Verfechter von Vertriebeneninteressen profilierte und großes Vertrauen bei den Verbänden genoss.

Während die offizielle Parteilinie bis zur Mitte der 1960er-Jahre lautete, dass eine Regelung der Grenzfrage einem im Zuge der angestrebten Wiedervereinigung auszuhandelnden Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse, sorgten Äußerungen einzelner Sozialdemokraten immer wieder für große Empörung

bei den Vertriebenenfunktionären: So erregten Carlo Schmid, Otto Heinrich Greve und Fritz Erler mehrfach Aufsehen mit Stellungnahmen, in denen sie eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderten, den Rechtsanspruch auf die verlorenen Ostgebiete als unrealistisch oder gar illegitim bezeichneten oder die Vertriebenenverbände der nationalistischen Stimmungsmache bezichtigten. Der Parteivorstand reagierte auf diese »Querschläger« stets beschwichtigend mit dem Hinweis, es handele sich um »Privatmeinungen«, die nicht der Position der Gesamtpartei entsprächen.

Nach dem raschen Bedeutungsverlust des Gesamtdeutschen Blocks/Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) Ende der 1950er-Jahre und seiner Auflösung 1961 bemühte sich die SPD mit einer »Charme-Offensive« noch einmal verstärkt um die Gunst der Vertriebenen. Das Versprechen Brandts, die SPD werde »keine Politik hinter dem Rücken der Vertriebenen« betreiben, unterstrich die Parteiführung durch eine Pressemitteilung, in der sie die Vertreibung als eine »Fortsetzung des Unrechts von 1918« beschrieb und ein Rückkehrrecht für Sudetendeutsche in ihre Heimat forderte, von einer möglichen Angliederung dieses Gebietes an die Bundesrepublik aber bezeichnenderweise bereits nicht mehr sprach. Wehner ergriff nach der Wahl – und unter dem Eindruck des Mauerbaus – die Initiative zu einem »Gesamtdeutschen Rat«, der zwar rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand, aber die Wahrnehmung beförderte, wonach die oppositionelle SPD die Union in deutschlandpolitischen Fragen vor sich hertrieb. Gezielt ging die SPD in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre auch auf die Vertriebenenjugend zu und versuchte Mitglieder der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) zum Eintritt in die SPD zu bewegen.

Während Wehner bis zur Mitte der 1960er-Jahre konsequent an der Maxime festhielt, dass die Regelung der Grenzfragen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse und eine Verbesserung der Beziehung zu den osteuropäischen Staaten nur bei gleichzeitiger Wahrung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen möglich sei, wurden die Stimmen in seiner Partei hörbar lauter, die ein Abrücken von diesen Prinzipien forderten – allen voran Egon Bahr mit seiner Forderung nach einem »Wandel durch Annäherung« in der berühmten Tutzingener Rede vom Juli 1963. Bahrs These, wonach eine Änderung des Status quo langfristig nur durch dessen vorläufige Anerkennung zu erreichen sei, wertete Müller als »Randerscheinung« innerhalb der SPD, zugleich aber als »Tabubruch«, der zu Recht als »Geburtsstunde der Neuen Ostpolitik« gelte. Zwar prangte noch über dem Karlsruher SPD-Parteitag 1964 eine große Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937, überschrieben mit dem Motto »Erbe als Auftrag«, doch beförderten ungeplant an die Öffentlichkeit geratende Äußerungen einzelner Sozialdemokraten die nun beginnende »Entfremdung« zwischen Vertriebenenverbänden und SPD, so Müller. Helmut Schmidt sorgte beim Dortmunder Parteitag 1966 für erste »größere Verstimmungen« bei den Vertriebenen, die seinen Appell zur »Opferbereitschaft« als »Totalverzicht« interpretierten. Überzeugend arbeitet Müller heraus, wie sich Willy Brandt in seiner Zeit als Außenminister darum bemühte, den längst in der Luft liegenden Kurswechsel seiner Partei in der Deutschland- und Ostpolitik in möglichst unkonkrete und kompromissorientierte »Worthülsen« zu verpacken und kein unnötiges Misstrauen bei den Vertriebenen zu wecken. Warum es aber in der SPD zu dieser Zeit überhaupt zu jenem zaghaft kommunizierten »Paradigmenwechsel« kam, dies erklärt Müller dem Leser nicht – was unter Rückgriff auf die Sekundärliteratur ein Leichtes gewesen wäre.

Aus der »Entfremdung« wurde nach dem SPD-Parteitag 1968 sehr schnell »Zwietracht«, wie Müller erörtert: Das nun offizielle Bekenntnis der Partei zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Zuge einer Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten ging als »Peitschenknall von Nürnberg« in das »kollektive Gedächtnis« der Vertriebenenverbände ein. Der BdV wandte sich nun entschieden von der SPD ab und publizierte gemeinsam mit der CDU ein Kommuniqué, das sich scharf von den Plänen der Sozialdemokraten distanzierte. Reinhold Rehs, nach Jakschs Tod dessen Nachfolger an der Spitze des BdV, trat 1969 bitter enttäuscht aus der SPD aus und wechselte zur CDU – ein Schritt, zu dem sich Herbert Hupka drei Jahre später im Kontext der Verabschiedung der Ostverträge ebenfalls entschloss. Wieso die Sozialdemokraten jedoch weder bei der Wahl 1969 noch drei Jahre später Stimmeneinbußen bei den Vertriebenen verzeichneten, thematisiert Müller zwar, vermag es aber nicht zu erklären.

Wie entschlossen die sozial-liberale Koalition ihre Neue Ostpolitik vorantrieb, beschreibt Müller am Beispiel der Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums, Willy Brandts wegweisender Regierungserklärung vom Oktober 1969, den Vertragsverhandlungen mit den osteuropäischen Staaten und der

Verabschiedung der Ostverträge im Bundestag. Der BdV, an dessen Spitze mit Herbert Czaja nun wieder ein Christdemokrat stand, reagierte mit Protestnoten und -veranstaltungen; die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags und Brandts Kniefall im Dezember 1970 bezeichnete die Vertriebenenpresse als »Gang nach Canossa«. Den »Nachhutgefechten« der 1970er-Jahre unter einem SPD-Kanzler Helmut Schmidt, der den Vertriebenen noch weniger Interesse entgegenbrachte als sein Vorgänger, widmet Müller nur ein letztes kurzes Unterkapitel.

In seiner Schlussbetrachtung liefert Müller zwar eine konzise Zusammenfassung der wichtigsten Entwicklungen und Ergebnisse seines Untersuchungszeitraums, kommt aber interpretatorisch nicht über das bereits Geschriebene hinaus. Im Versuch, den jeweiligen Anteil von SPD und Vertriebenenverbänden an diesem »Scheitern einer ungleichen Partnerschaft« zu bewerten, kommt Müller zu dem Schluss, dass der BdV zwar seinen Einfluss überschätzte und zu starr an bestimmten Prinzipien festhielt, dass es aber vor allem die SPD war, die mit ihrem »undurchsichtigen Agieren« und einer Verschleierungstaktik die langjährige Gunst der Vertriebenenverbände verspielte.

Bis zuletzt verharnt Müller in diesem sehr begrenzten Erkenntnisinteresse seiner Untersuchung, die das Verhältnis von SPD und Vertriebenenverbänden vorwiegend in einem »luftleeren Raum« nachzeichnet. Was seiner Analyse fast völlig fehlt, ist deren Einbettung in den politischen und gesellschaftlichen Kontext, in dem sich Ausrichtung und Stellenwert von Vertriebenen- und »Heimatpolitik« im Zeichen des Kalten Kriegs, der »Vergangenheitspolitik« oder auch der Generationskonflikte von der Gründung der Bundesrepublik bis zu den 1970er-Jahren veränderten. In dieser mangelnden Einbettung der Analyse in übergreifende Entwicklungen liegt das große Manko von Müllers Studie, die das spannungsreiche und komplizierte Verhältnis der SPD zu den Vertriebenen zwar nachzeichnet und beschreibt, aber nicht ausreichend deutet und einordnet. Auch ein klareres Layout und ein sorgfältigeres Lektorat des von zahllosen Fehlern durchsetzten Buches hätte an diesem Leseindruck wohl letztlich nichts mehr geändert.

Kristina Meyer, Jena

Zitierempfehlung:

Kristina Meyer: Rezension von: Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Lit Verlag, Münster/Hamburg etc. 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81827>> [31.5.2017].